



Bundestagswahl

Die große Anführerin

Mit ihrem Wahlsieg hat Angela Merkel ihre schärfsten Kritiker in der Partei widerlegt. Jetzt muss sie sich entscheiden: für die Große Koalition und damit das einfachere Bündnis oder für Schwarz-Grün, eine Chance – aber auch ein Abenteuer.

Wahlsiegerin Merkel

Königin der deutschen Demokratie

Das ist die Frau, die weiterregieren soll, unaufgeregt, umsichtig, die allgemeine Ruhe bewahrend. So viel steht fest. Merkel bleibt Kanzlerin. Aber mit wem wird sie regieren?

Es ist ihr persönlicher Sieg, ihr erster. Zweimal hat sie für CDU und CSU mickrige Ergebnisse von rund 35 Prozent eingefahren. Zwar konnte sie jeweils regieren, zuerst mit der SPD, dann mit der FDP, aber die Union blieb hinter ihren Ansprüchen zurück. Sie will immer über 40 Prozent kommen, das ist das Maß für ihre Kandidaten. Außer Edmund Stoiber haben es alle übertroffen, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel, Franz Josef Strauß und Helmut Kohl. Nun steht Merkel in dieser Reihe, nun hat sie die Union wieder zu einer echten Volkspartei gemacht, zur einzigen in Deutschland. Kurz durfte sie sogar an der absoluten Mehrheit schnuppern.

Der Preis ist, dass es die FDP nicht mehr in den Bundestag schaffte. Das haben sich die Liberalen vor allem selbst zuzuschreiben (siehe Seite 34). Aber Merkel wollte diesmal keine einzige Stimme abgeben. Merkel wollte ihre herausragenden Werte bei den Umfragen in harte Währung ummünzen, in ein gutes Wahlergebnis. Es ging um sie, um den letzten Erfolg, der ihr noch fehlte, nicht um die Regierungsbildung. An der FDP hängt ihr Herz ohnehin nicht, und sie glaubt, dass sie auch eine Große Koalition führen kann. Insofern hat sie einen egozentrischen Wahlkampf geführt. Nun ist sie endgültig die Königin der deutschen Demokratie.

Peer Steinbrück hatte dem nichts entgegenzusetzen. Zwar steigerte er das Ergebnis der SPD ein bisschen, auf 25,7 Prozent, aber das ist immer noch viel zu wenig für eine Sozialdemokratie, die Volkspartei sein will.

Auch die beiden anderen Parteien des linken Spektrums, Grüne und Linke, schnitten schlecht ab. Sie verloren Stimmen und landeten unter neun Prozent. Die Piraten, einst eine mögliche Option für fast ein Drittel der Deutschen, spielen keine Rolle mehr (siehe Seite 43).

Der Newcomer der Stunde ist die Alternative für Deutschland, die mit ihrem Euro-skeptischen Kurs fast fünf Prozent geholt hat (siehe Seite 32). Hier wäre beinahe ein Alptraum der Union wahr geworden, eine Partei rechts von ihr im Bundestag. Das wäre Merkel angekreidet worden. Künftig geht es um die Frage, ob sich die AfD auch außerhalb des Parlaments etablieren kann oder ein Strohfeuer bleibt wie die Piraten.

Insgesamt zeigt sich in dem Wahlergebnis ein saturiertes Land. Die SPD wollte

Volker Kauder singt, Ursula von der Leyen tanzt, Angela Merkel klatscht. Es läuft „Tage wie diese“ von den Toten Hosen, Sonntag, kurz nach 21 Uhr, Konrad-Adenauer-Haus in Berlin, die CDU feiert.

Merkels Helfer vom Team Deutschland tragen T-Shirts mit der Aufschrift „Wir bleiben Kanzlerin“ und schwenken kleine Deutschland-Fahnen. Kauder singt: „An Tagen wie diesen wünscht man sich Unendlichkeit.“ Einige Fähnchen werden auf die Bühne gereicht, Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU, nimmt sie entgegen, um sie auf der Bühne zu verteilen. Merkel sieht das, stoppt ihr Klatschen

und greift Gröhe in den Arm. Sie nimmt ihm die Fähnchen ab, tuschelt ein paar Sätze, schüttelt den Kopf. Dann schreitet die Bundeskanzlerin resolut zum Bühnenrand und reicht das schwarzrotgoldene Bündel zurück an einen Mitarbeiter.

Auch in der Stunde des Triumphs bleibt Merkel sich treu. Niemand soll sich an irgendetwas stören können. Selbst schwarzrotgoldene Fähnchen sind ihr verdächtig. Im Ausland könnte jemand auf die Idee kommen, das für eine nationale Aufwallung zu halten. Nur nicht auffällig werden.

Das ist genau die Frau, der 41,5 Prozent der Wähler ihre Stimme gegeben haben.

ALEXANDER HASSENSTEIN / GETTY IMAGES

sich mit dem Thema soziale Gerechtigkeit durchsetzen, aber nur zwölf Prozent der Wähler hielten diesen Aspekt für relevant. Es gibt keine linke Mehrheit in der deutschen Bevölkerung. Nur gut 40 Prozent wählten die Parteien dieses Spektrums.

Den meisten Deutschen geht es gut, sie sind zufrieden mit ihrer Lage. Sie können sich nur bedingt und nicht dauerhaft darüber aufregen, dass sie von der NSA ausspioniert werden und die Regierung dem nicht entschieden entgegentritt. Sie sind ein bisschen in Sorge wegen des Euro, aber insgesamt sind sie so unaufgeregt wie die Kanzlerin, die sie gewählt haben.

Welche Regierung braucht dieses Land? Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine Große Koalition. Im Krisenjahr 2008/09 hat sie sich bewährt, aber davor hat sie ein hässliches Bild der Zwietracht abgegeben. Starke Teile der SPD sperren sich gegen dieses Bündnis.

Interessanter wäre Schwarz-Grün. Diese Koalition könnte dem Land neue Impulse geben. Doch erst einmal sind die Grünen mit internen Kämpfen beschäftigt. Es wird nicht leicht für Merkel, einen Partner zu finden. Alle wissen, dass man an ihrer Seite nicht gut gedeihen kann.

Ursula von der Leyen stört das im Moment nicht, obwohl das für sie, als eine mögliche Nachfolgerin, durchaus ein interessanter Aspekt ist. Aber jetzt, am Wahlabend, hat die Arbeitsministerin nur ein Ziel: Wenn die Kanzlerin gleich auf die Bühne kommt, um sich feiern zu lassen, will sie neben ihr stehen. Von der Leyen wartet auf einem Treppchen, das auf die Bühne führt, wie ein Sprinter vor dem Startschuss. Sie plaudert mit Parteikollegen, ist aber auf der Hut. Ständig wandert ihr Blick zu einer Tür, die ge-

genüberliegt. Dort muss Merkel hereinkommen.

Dann kommt sie, die mächtigste Frau der CDU, so mächtig, dass die zweitmächtigste Frau der CDU eine Viertelstunde lang nichts Besseres zu tun hat, als auf die große Anführerin zu warten. Dann steht die Bundeskanzlerin auf der Bühne, und von der Leyen hat ihr Ziel erreicht: Sie hat den Platz direkt neben der Kanzlerin ergattert. Ihr hellblauer Blazer passt zum dunklen Blau von Merkels Jacke. Von der Leyen strahlt, auch Angela Merkel tut so, als wäre sie ausgelassen. „Heute wird gefeiert“, sagt die Kanzlerin, „morgen wieder gearbeitet.“

Mehr als 41 Prozent für die Union, das ist für Merkel mehr als eine Zahl. Es ist die Legitimation, auf die sie lange warten musste. Merkel schwebte diesmal in Umfragen nicht losgelöst über ihrer Partei, sie zog die Union mit. In einer Partei, in der Erfolge schon immer mehr zählten als Inhalte, ist dieser Umstand gar nicht hoch genug zu bewerten.

Der Sieg markiert eine Zäsur für die CDU. Er beendet eine Debatte, die Merkel seit über zehn Jahren begleitet. Wie viel Modernisierung verträgt die Partei? Und welcher Anteil des Markenkerns der Union ist unverzichtbar?

Schon in den vergangenen Jahren hatte Merkel keine gewichtigen Gegner mehr. Die Zeit ist lange vorbei, in der die mächtigen Ministerpräsidenten, Roland Koch, Christian Wulff oder Peter Müller, jede Präsidiumssitzung zu einem Speißenlauf für die Vorsitzende machten. Doch auch in jüngerer Vergangenheit gab es manchmal Grummeln bei den Konservativen und im Wirtschaftsflügel.

Merkels Kehrtwenden bei Atomkraft, Wehrpflicht und Homoehe stießen auf viel Kritik. Sie verrate die Stammwähler, so der Vorwurf – und ohne die ließen sich Ergeb-

nisse von „40 Prozent plus x“ nicht erreichen. Mit jeder Landtagswahl, die für die CDU schiefig, wurde die Kritik lauter.

Nun hat sie ihre Kritiker widerlegt. CDU und CSU haben das Wort „Volkspartei“ wieder mit Leben gefüllt. Als Parteien, deren Programm und Stil kompromisslos auf die Mitte zielen und die sich schamlos bei der SPD und den Grünen bedienen. Das sind Merkels CDU und Horst Seehofers CSU.

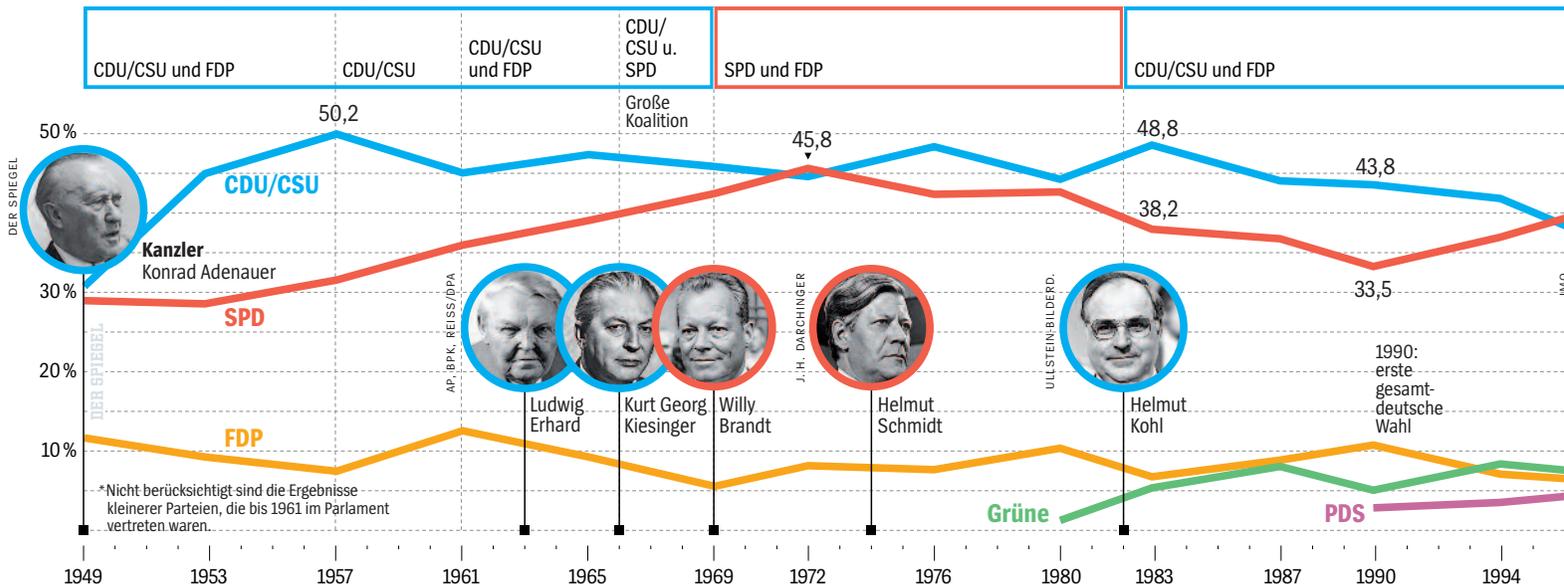
Besonders bitter für die Kritiker: Merkel hat das Ergebnis, das die Konservativen von ihr erwarteten, gebracht, ohne ein einziges Thema oder eine einzige Forderung von ihnen aufzugreifen. Selbst die Verluste der Union in Richtung AfD bleiben überschaubar. Offenbar hat Merkels Mitte-Kurs nicht zum Exodus der Parteiorthodoxen geführt.

Damit hat sie nun alle Macht in der CDU. Aber was wird sie damit anfangen? Welche Kanzlerin bekommen die Deutschen jetzt? 2005 war Merkel als Reformerin angetreten – und hätte die Wahl fast verloren. Das blies ihr den Mut weg. Sie kümmerte sich um die Krise und verwaltete das Land. Größere Reformprojekte verfolgte sie nicht, nicht mit der SPD, nicht mit der FDP.

Nun hat sie die Wahl zwischen Grünen und Sozialdemokraten. Mit den Grünen könnte sie, theoretisch, ein Projekt starten, ihr erstes, eine bürgerlich-ökologische Erneuerung des Landes. Mit der SPD könnte sie eine breite und stabile Mehrheit versammeln.

Es sieht so aus, als würde sich Merkel für die Mehrheit entscheiden. Zu Beginn der Woche machte sie deutlich, dass sie zunächst mit der SPD reden wird. Das heißt, sie muss noch warten, bis sich die Sozialdemokraten gesammelt haben, bis sie auf einem Konvent am Freitag über ihre Zukunft beraten haben.

Bundestagswahlergebnisse Regierungen und Kanzler seit 1949*



Für die SPD ist das Ergebnis ein Desaster. Durch das Willy-Brandt-Haus ging ein Stöhnen, als am Sonntag die ersten Prognosen über die Bildschirme flimmerten. Natürlich bekümmerte die Sozialdemokraten das eigene Abschneiden, magere 25,7 Prozent waren es am Ende. Fast schmerzlicher aber war, dass Merkel mit 41,5 Prozent ein Ergebnis holte, das an alte westdeutsche Zeiten erinnerte, als Helmut Kohl in der Blüte seiner Macht stand. Im Büro des Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück kullerten Tränen.

Was tun? Die SPD ist gespalten. Die einen wollen sich jetzt nicht lange mit Fehleranalysen aufhalten, sondern streben ein Bündnis mit der Union an. SPD-Chef Sigmar Gabriel gehört zu diesem Lager, aber auch der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier und der Kandidat Steinbrück selbst.

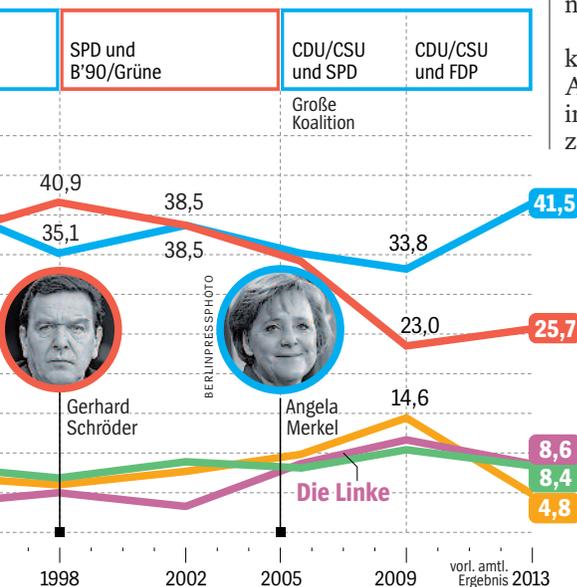
Das andere Lager fürchtet nichts mehr als die Neuaufgabe einer Großen Koalition. Am Sonntagabend wünschten sich sogar etliche prominente Sozialdemokraten, Merkel möge eine absolute Mehrheit holen. Dann hätte die Partei nicht mühsam begründen müssen, warum sie kein Bündnis mit der Union eingehen mag. Das Lager der Koalitionsverweigerer wird von Hannelore Kraft angeführt, der einflussreichen Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen. Noch vor den ersten Hochrechnungen stand sie bei Sigmar Gabriel im Zimmer, um ihm eine klare Botschaft zu vermitteln: Die SPD in NRW wird sich gegen ein Bündnis mit der Union stemmen. Es war kein nettes Gespräch, auch die Arbeit des Parteichefs und des Fraktionsvorsitzenden kamen zur Sprache.

So wie Kraft denken viele in der SPD. Sie fragen sich, was die Partei davon hat, Juniorpartner Merkels zu werden. Ging die Partei nicht gerupft aus der letzten



MAURICE WEISS / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

Wahlverlierer Steinbrück: Im Büro kullerten Tränen



Großen Koalition hervor? War sie danach nicht ein Schatten ihrer selbst?

Dazu kommt, dass viele Sozialdemokraten Merkel nicht über den Weg trauen. Auf der Wahlparty am Sonntagabend war immer wieder das Wort von der Schwarzen Witwe zu hören, wenn das Gespräch auf die Kanzlerin kam. Das ist jenes Spinnenweibchen, das ihren Partner nach der Paarung schon mal verspeist.

Kraft sucht die Auseinandersetzung, und es klingt fast wie eine Drohung: „Die inhaltliche Hürde liegt hoch auf unserer Seite.“ Sie sagt: „Es ist für uns keine Schande, in die Opposition zu gehen.“

Kraft hatte am Sonntag etliche Verbündete nach Berlin mitgebracht, um Stimmung gegen die Große Koalition zu machen. So reiste Michael Grosseck an, ihr Verkehrsminister. „Die SPD will nicht die Trophäe für Merkels Wahlsieg sein“, sagte er. „Zu po-

litischer Führung kann auch gehören, auf Regierungssessel zu verzichten und auf der Oppositionsbank zu bleiben.“

Krafts Stellvertreter in der Landes-SPD, Marc Herter, assistierte: „Merkel saugt ihre Koalitionspartner aus. Wir sind nicht angetreten, eine der beiden Regierungsparteien im Amt zu halten.“

Auch in anderen Landesverbänden gibt es Widerstand. In Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz etwa, wo die Genossen im Falle einer Großen Koalition um die eigenen Chancen bei den nächsten Landtagswahlen bangen. Die Linken in der Partei fürchten, dass die Koalitionsverhandlungen zu einem Grab werden für alle Themen, die ihnen wichtig sind: Steuererhöhung, Mindestlohn, Mietpreisbremse. Schon am Wahlabend steckten prominente Vertreter des Parteiflügels die Köpfe zusammen und bastelten an Planspielen für die Verhinderung einer Großen Koalition.



PHILIPP GÜELLAND / AFP

Spitzenkandidat Trittin: Bei den Grünen stirbt jeder für sich allein

Sie erfanden das Wort „Oppositionsauftrag“, den die SPD vom Wähler erhalten habe. „Wir dürfen uns nicht zum Steigbügelhalter für eine schlechte Politik machen“, sagte der Berliner Landeschef Jan Stöß. Und Juso-Chef Sascha Vogt verkehrte das Bonmot des ehemaligen Parteichefs Franz Müntefering in sein Gegenteil. Opposition müsse „kein Mist sein“, stellte er fest.

Damit der Streit unter Kontrolle bleibt, wollen die Genossen Zeit gewinnen. Für Freitag hat SPD-Chef Gabriel zu einem Parteikonvent nach Berlin geladen. Dort soll entschieden werden, ob es überhaupt Sondierungsgespräche mit der Union geben wird.

Für Gabriel ist die Lage kompliziert. Einerseits will er nicht als ein Mann dastehen, der Merkel allzu willig die Tür zum Kanzleramt aufschließt. Andererseits findet er die Aussicht verlockend, als Vizekanzler in ein Kabinett einzuziehen. Für Gabriel gibt es aber noch einen anderen Grund für die Große Koalition. Sie böte die historische Chance, dass ein Sozialdemokrat im kommenden Jahr zum EU-Kommissionspräsidenten aufsteigt. Mit einer SPD als Koalitionspartner könnte Merkel im Europäischen Rat einem SPD-Kandidaten Martin Schulz kaum widersprechen.

Gabriel hat sich deshalb einen Trick einfallen lassen. Er setzt auf die Bundestagsfraktion. Angeführt von seinem Rivalen Frank-Walter Steinmeier. Selbstverständlich werde er sich für Steinmeier als Fraktionschef einsetzen, sagte er am Montag. Zum einen beendete er damit vorläufig die Rivalität mit Steinmeier.

Zum anderen sorgte er dafür, dass die Fraktion zum Machtzentrum der Partei aufsteigt. Im Gegensatz zur Parteibasis werden sich die 192 SPD-Abgeordneten für eine Große Koalition starkmachen. Die Parlamentarier wissen, dass eine Regierungsbeteiligung viele Jobs mit sich bringt. Und sie haben ein hohes Interesse, Neuwahlen zu verhindern, wo sie sich doch gerade mühsam ein Mandat für vier Jahre erkämpft haben.

Offen ist allerdings, ob Steinmeier dauerhaft Fraktionschef bleiben kann. In der Partei wird ernsthaft überlegt, im Falle einer Großen Koalition Steinmeier ins Kabinett zu holen, etwa als Finanzminister. Steinbrück könnte dann seinen Posten im Parlament übernehmen. Er wäre mit einem Spitzenjob versorgt und könnte dennoch sein Versprechen halten, nicht unter Merkel zu arbeiten.

Gabriel ist sich bewusst, dass die Partei nur dann eine Große Koalition akzeptiert, wenn er Ergebnisse vorweisen kann. Dazu gehört die Einführung eines Mindestlohns und die Abschaffung des Betreuungsgeldes. Akzeptieren Merkel und Seehofer das SPD-Paket nicht, würde Gabriel die Schuld für das Scheitern der Koalitionsverhandlungen der Union zuschieben.

Der SPD-Chef weiß, dass auch er persönlich einen Erfolg bei den Koalitionsverhandlungen braucht. Er hat die gescheiterte Kanzlerkandidatur Peer Steinbrücks zu verantworten. Mit Steinbrück hatte die Partei einen Mann an der Spitze, der früher immer von Wirtschaftsreformen geredet hatte und nun den Leuten erklärte, warum er Steuererhöhungen pri-

ma findet. Glaubwürdig war das nicht. Wahrscheinlich wird Gabriel seinen Fehler politisch überleben. Für den Kollegen Jürgen Trittin von den Grünen gilt das nicht unbedingt. Deren Niederlage war so heftig, dass die Führungsleute am Montag etwas Druck aus dem Kessel lassen mussten – aber nur etwas. Die sechs Mitglieder des Bundesvorstands beschlossen, beim nächsten Parteitag im Herbst ihre Ämter zur Verfügung zu stellen; auch der 16-köpfige Parteirat soll dann neu gewählt werden.

Parteichef Cem Özdemir kündigte allerdings sofort an, er werde wieder kandidieren. „Alle Mitglieder des Bundesvorstands und des Parteirats stehen beim nächsten Parteitag zur Wahl.“

Geht alles weiter wie bisher? Auch Fraktionschef Trittin sah keine Eile, sich zu erklären, genauso wenig wie die andere Spitzenkandidatin, Katrin Göring-Eckardt. Zumal die beiden eine neue Aufgabe haben. Der Bundesvorstand hat eine vierköpfige Delegation zusammengestellt, falls es Gespräche mit der Union geben sollte: Sie besteht aus den beiden Spitzenkandidaten und den Parteivorsitzenden. Da wäre es natürlich fatal, wenn man voreilig zurückträte.

So sieht es zurzeit aus, als ob nur Parteichefin Claudia Roth aus dem Debakel Konsequenzen zöge. Sie tritt nicht wieder an.

Trittin hat am Wahlabend ein Wort entdeckt, das man nicht immer mit ihm identifiziert hat: gemeinsam. Man habe gemeinsam verloren, sagt er, man müsse sich jetzt gemeinsam wieder aufrappeln und gemeinsam die Fehler analysieren.



Parteichefs Roth, Özdemir: Maß und Mitte verloren

Der Mann, der in der Politik meist als kühler Einzelgänger auftrat, sucht jetzt Nähe. Doch er findet nicht viel.

Bei anderen Parteien bilden sich ganze Trauben hinter den Mikrofonen, doch als Trittin in der Berliner Columbiyahalle auftritt, steht nur die Co-Spitzenkandidatin Göring-Eckardt an seiner Seite. Die Parteivorsitzenden Roth und Özdemir verfolgen die Ansprache in sicherer Distanz vom Balkon aus.

Beim Weggehen versucht Trittin zaghaft, Göring-Eckardts Schulter zu umfassen. Die geht steif weiter, Trittin zuckt zurück. Bei den Grünen stirbt jeder für sich allein, politisch natürlich.

Die letzten Wochen haben Trittin mitgenommen. Er war als Vizekanzler und Bundesfinanzminister in spe in den Wahlkampf gestartet. Drei Tage vor der Wahl wurde er in Köln als Kinderschänder verhöhnt. Demonstranten hielten Plakate hoch, darauf ein Bild von Trittin und der Schriftzug: „Wir lieben doch alle Kinder.“ Er hatte vor 32 Jahren in Göttingen ein Wahlprogramm verantwortet, das für die Straffreiheit von Sex mit Kindern eintrat.

Das hat den Grünen wahrscheinlich geschadet, noch mehr aber, dass sie im Wahlkampf keine attraktiven Themen zu bieten hatten. Mit Veggie-Day und Steuererhöhungen lockt man keine Wähler an. Dass es keine besseren Themen gab, hat viel mit Trittin zu tun.

Der Fraktionschef peilt seit einigen Jahren als nächstes Karriereziel das Bundesfinanzministerium an und nahm dafür seine Partei in Haftung. Trittin verpflichtete die zögernden Grünen darauf, die Euro-Politik der Kanzlerin im Bundestag zu

unterstützen. Das verlieh ihm staatsmännische Gravitas und finanzpolitische Reputation, doch der Preis war hoch. „Der Verzicht von Rot wie Grün auf ein ernsthaftes Ringen mit Kanzlerin Merkel um die Deutungshoheit in der Europapolitik erlaubte ihr eine politische Hegemonie, die später nicht mehr zu erschüttern war“, klagt Reinhard Bütikofer, der ehemalige Parteichef und heutige Europaabgeordnete. „Jürgen Trittin verfügte als Spitzenkandidat über ein starkes Mandat der ganzen Partei, nicht zuletzt der Realos, und ein breit getragenes Wahlprogramm. Aber aufzutreten ist er zumeist, als spräche er nur für unseren linken Flügel. Katrin Göring-Eckardt konnte dieses Defizit nicht ausgleichen.“

Auch die Ökologie fiel Trittins Wende zum Opfer. Weil er sich für Finanzen in

teressierte und seine Kollegin Göring-Eckardt das Soziale für sich entdeckt hatte, fehlte den Grünen das Gesicht für ihr Kernanliegen. „Unsere Kernkompetenz für Umwelt und Energie stand nicht im Fokus der Kampagne“, klagt Baden-Württembergs Verbraucherminister Alexander Bonde. So sei „eine Chance vertan“ worden, auch der Wirtschaft ein Angebot zu machen.

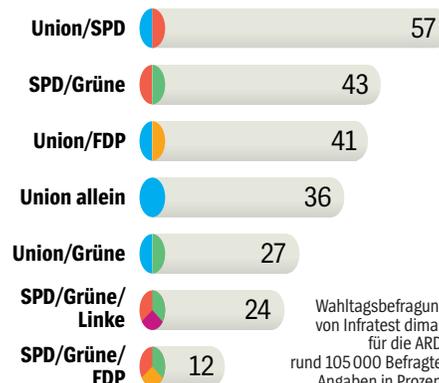
Stattdessen fanden sich die Grünen in aufreibenden und unverständlichen Debatten über ihre komplizierten Modelle zur Erhöhung von Steuern und Abgaben wieder. „Wir sind zu einer Excel-Partei geworden“, stöhnt der Kieler Umweltminister Robert Habeck (siehe Interview Seite 29). Wieder war Trittin die zentrale Figur, schließlich wollte er ja Finanzminister werden.

Dazu kam der Hochmut der Partei. Vor zwei Jahren stand sie in den Umfragen bei über 20 Prozent, und manche glaubten, die SPD überholen zu können. Kanzlerträume wurden geträumt, die Grünen wähten sich in der Mitte der Gesellschaft angekommen und zogen daraus wohl den Schluss, sie könnten einen vermessenen Wahlkampf führen.

Sechs Millionen Stimmen wollten die Grünen gewinnen, sagten sie. Am Ende wurden es 3,7 Millionen. Joschka Fischer kommentiert das so: „Es scheint fast, als ob die derzeitige Führung der Grünen älter geworden ist, aber immer noch nicht erwachsen. Sie hat eine Strategie verfolgt, die nicht nur keine neuen Wähler gewann, sondern viele alte vergraulte. Statt über Umwelt und Europa, Bildung und Familien haben wir nur über Steuern und

Bündnis-Wünsche

„Welche Koalition wäre gut für das Land?“



„Europa wartet nicht“

Unionsfraktionschef Volker Kauder, 64, über die Strategie für Koalitionsverhandlungen

SPIEGEL: Herr Kauder, wissen Sie, von wem folgendes Zitat stammt: „Die Sozialdemokraten sind ganz weit nach links gerückt, Stichwort Steuererhöhungen und Schuldenunion in Europa. Diese SPD ist nicht regierungsfähig“?

Kauder: Das stammt von mir.
SPIEGEL: Das war im Wahlkampf. Jetzt wollen Sie doch mit der SPD regieren. Was hat sich geändert?

Kauder: Die Wähler haben Angela Merkel und der Union einen glasklaren Regierungsauftrag gegeben. Wir sind aber auf einen Partner angewiesen. Das ist auch ein Resultat dieser Wahl. Deshalb wollen wir nun zunächst Gespräche mit der SPD führen. Aber noch haben die Koalitionsverhandlungen nicht begonnen. Natürlich stehen wir vielen Forderungen der SPD nach wie vor ablehnend gegenüber. Wie man diese Differenzen eventuell überbrücken kann, darüber muss man dann sprechen, wenn tatsächlich Verhandlungen aufgenommen werden. Vielleicht sieht nach der Wahl auch die SPD nun einiges anders.

SPIEGEL: Drückt die Reihenfolge eine Präferenz aus? Wollen Sie lieber mit der SPD als mit den Grünen koalieren?

Kauder: Die SPD ist schlicht die größere Fraktion, daher gilt ihr unser erstes Angebot. Nach den Aussagen im Wahlkampf ist das für mich auch inhaltlich die richtige Präferenz.

SPIEGEL: Auch in der Großen Koalition wären Sie vor unliebsamen Kompromissen nicht sicher. Die SPD will die Steuern erhöhen und einen Mindestlohn einführen, um zwei Beispiele zu nennen.

Kauder: Von mir stammt der Satz: Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Die Wähler haben uns vor diese neue Wirklichkeit gestellt, und wir müssen jetzt für unser Land eine stabile Regierung bilden. Wir werden über die strittigen Punkte miteinander reden. Davor aber stimmen noch in dieser Woche CDU und CSU ihre Positionen ab.



CDU-Mann Kauder: „Erstes Angebot für die SPD“

SPIEGEL: Gibt es Anliegen, die Sie mit der SPD besser umsetzen können als mit den Grünen?

Kauder: Für mich gibt es einige Punkte, die in Koalitionsverhandlungen, egal mit wem, von zentraler Bedeutung sein werden. Das ist vor allem das Thema Energiewende und damit zusammenhängend der Strompreis. In einem härter werdenden Wettbewerb ist der Strompreis ein hoher Kostenfaktor für unsere Wirtschaft, aber auch für die Verbraucher. Zudem glaube ich, dass wir eine neue Föderalismuskommission brauchen.

SPIEGEL: Welche Aufgaben hätte diese Kommission?

Kauder: Dort müssen wir unter anderem auch über die Aufhebung des Kooperationsverbots bei der Bildung sprechen. Und über die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

SPIEGEL: Die SPD zielt sich ja und will nicht so recht in eine Große Koalition. Jetzt gibt es erst einmal einen Konvent. Ist schon klar, wann es zu ersten Sondierungen kommt?

Kauder: Wir sollten uns für die Verhandlungen Zeit nehmen und sie nicht über das Knie brechen. Ich sage aber auch: Europa wartet nicht auf die Regierungsbildung in Deutschland. Wir müssen

handlungsfähig sein. Wir sind dabei durchaus zur Rücksichtnahme in den anstehenden Gesprächen bereit. Ich weiß, dass es zum Beispiel für die SPD nicht einfach ist, sollte die Regierung Entscheidungen treffen müssen, während noch Koalitionsverhandlungen laufen. Daher biete ich an, das Procedere zu wiederholen, auf das wir uns bei den letzten Verhandlungen zur Großen Koalition geeinigt hatten: Entscheidungen, die während der Verhandlungen anstehen, werden mit der Koalitionsarbeitsgruppe abgestimmt.

SPIEGEL: Die neue Große Koalition würde unter anderen Vorzeichen arbeiten als die von 2005. Damals waren Sie und der inzwischen verstorbene Peter Struck zwei Garanten für Stabilität. Heute gibt es die Alternative von Rot-Rot-Grün.

Kauder: Da sehen Sie mich total entspannt. Die SPD kann eine Koalition mit uns nicht einfach platzen lassen. Rot-Rot-Grün hat eine Mehrheit von vier Stimmen. Das ist keine Alternative. Ich bin der Meinung: Sollten Union und SPD am Ende ein gemeinsames Projekt beschließen, dann müssen wir alles für den gemeinsamen Erfolg tun.

SPIEGEL: Bei einer Großen Koalition würden der Union trotz ihres überragenden Wahlergebnisses weniger Minister und Posten zustehen als zuvor. Wie wollen Sie das Ihrer Partei vermitteln?

Kauder: Eines ist für uns immer klar gewesen: Zunächst kommen die Menschen und das Land, dann die Partei – und am Ende erst der Einzelne.

SPIEGEL: Bei Schwarz-Grün wären die Einschnitte womöglich weniger stark. Was spricht eigentlich gegen dieses Bündnis?

Kauder: Nach allem, was die Grünen in ihrem Wahlkampf vertreten haben, dürfte das sehr schwierig werden. Stichwort: massive Steuererhöhungen, Stichwort: Veggie-Day, Stichwort: Schuldenunion.

SPIEGEL: Angela Merkel hat mit ihrem Modernisierungskurs ein Ergebnis geholt, das die Konservativen immer von ihr verlangt hatten – 40 Prozent plus x.

HERMANN BREDEHORST / POLARIS / STUDIO X

Ist die Debatte zwischen Erneuerern und Bewahrern jetzt beendet?

Kauder: Eine Volkspartei, die deutlich über 40 Prozent bei einer Bundestagswahl holt, ist breit in der Gesellschaft verankert. Eine Diskussion über das Profil der CDU halte ich vor diesem Hintergrund für unnötig.

SPIEGEL: Die CSU hat viel zum guten Gesamtergebnis beigetragen. Fürchten Sie sich schon vor den Bayern?

Kauder: Was heißt hier fürchten? Horst Seehofer hat großartige Wahlerfolge eingefahren. Und mir sind selbstbewussteste Gesprächspartner lieber als unsichere. Ich freue mich auf unsere Gespräche.

SPIEGEL: Kommt jetzt die Pkw-Maut für Ausländer?

Kauder: Die Frage werden wir in aller Harmonie klären. Sie kennen meine Meinung und die der Kanzlerin. Wir sind von einer Pkw-Maut wenig überzeugt, weil wir eben die europarechtlichen Schwierigkeiten sehen.

SPIEGEL: War es ein Fehler, der FDP die Leihstimmen zu verweigern?

Kauder: Eine Parteivorsitzende muss immer erst für ihre Partei eintreten. Niedersachsen hat gezeigt, was passiert, wenn wir nicht genug auf uns schauen. Trotzdem: Ich habe mit der FDP gern zusammengearbeitet und rate uns dringend ab, die Liberalen abzuschreiben. Die FDP wird sich erholen.

SPIEGEL: Was hat die FDP falsch gemacht?

Kauder: Deutschland braucht eine liberale Partei, aber diese muss dann überzeugend darlegen, wofür sie steht. Sie muss ein Angebot machen, und zwar nicht nur für einzelne Milieus, sondern für breite Schichten der Bevölkerung. Und sie muss zeigen, dass sie auch die Sorgen und Nöte der normalen Menschen verstanden hat, egal ob es um die Arbeitswelt oder die Alterssicherung geht.

SPIEGEL: Erwarten Sie ein Wiederaufstehen der AfD bei der Europawahl?

Kauder: Wir werden uns die Entwicklung genau ansehen. Vor allem, weil es bei der AfD ja nicht nur um Europa ging. Sie hat stark auf populistische Themen gesetzt, gerade in der Ausländerpolitik. Wir werden um die Menschen, die jetzt die AfD gewählt haben, weiter werben, ihnen aber auch klar sagen, wie wichtig Europa und der Euro für Deutschland sind. Wir werden niemandem nach dem Munde reden.

INTERVIEW:
MELANIE AMANN, PETER MÜLLER



BERND WEISSBROD / PICTURE ALLIANCE / DPA

Ministerpräsident Kretschmann: „Die Brücken sind eingebrochen“

Abgaben geredet. Es war ein fataler Fehler, die Grünen strategisch auf einen Linkskurs zu verringern. Damit sind wir in der Konkurrenz zu SPD und Linken gnadenlos untergegangen.“

Das kann man nicht alles Trittin anlasten, denn die anderen grünen Führungskräfte haben alle wesentlichen Beschlüsse mitgetragen. Nur einer hat ein bisschen rebellierte, war aber zu feige, um es darauf ankommen zu lassen: Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat sich im Frühjahr vor dem Parteitag in Berlin gegen das eigene Programm gestellt. Als ihm kaum einer folgte, hat er die Segel gestrichen.

Jetzt nimmt Kretschmann wieder Fahrt auf. In der Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin trifft er am Sonntagabend zu später Stunde den Parteichef Cem Özdemir. Inmitten des Scheinwerferlichts bleiben sie auf dem blauen Teppich stehen, stecken die Köpfe zusammen und reden aufeinander ein, als könnte das Thema keine Minute mehr warten. Özdemir spricht nicht, er zischt. Es geht um die Spitzenkandidaten, es fällt auch der Begriff „die Fraktionsvorsitzenden“. Keine Frage, hier reden zwei Grüne über die Konsequenzen, die ihre Partei am besten ziehen sollte. Kretschmann weiß, dass jetzt etwas passieren muss. Deshalb be-

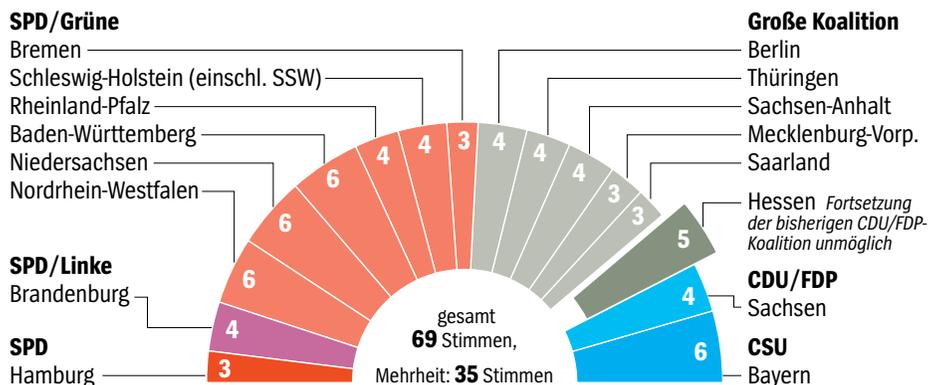
ginnt er noch am Abend mit der Fehleranalyse. „Die Brücken, die wir zur Wirtschaft gebaut hatten, sind eingebrochen“, platzt es aus ihm heraus, „wir haben die Türen mit einem Knall zugeschlagen.“ In seinem Bundesland habe er das deutlich zu spüren bekommen. „Die Schotten auf der Wirtschaftsseite sind dicht.“ Die grüne Politik habe Maß und Mitte verloren. Darin sieht er auch den Grund für die Niederlage: „Gegen die Wirtschaft gewinnt man keine Regierungsmacht.“

Dann schneidet er die beiden Fragen an, die die Grünen jetzt rasch lösen müssen: die Personal- und die Koalitionsfrage. „Eine Kurskorrektur geht nicht ohne personelle Neuorientierung. Wir brauchen eine Neuorientierung.“

Gäbe es jetzt schwarz-grüne Sondierungen, müssten die Grünen wohl oder übel ihr Spitzenpersonal im Amt halten. Dann würde Trittin mit der Kanzlerin über ein Bündnis beraten. Am Ende säße Trittin doch noch im Bundesfinanzministerium, ein lachender Verlierer. Ein Generationswechsel sähe anders aus.

Gerade vielen jüngeren Grünen ist es aber wichtiger, jetzt erst mal personell Klarheit zu schaffen – und nicht Schwarz-Grün übers Knie zu brechen. „Wir müssen uns jetzt so aufstellen, dass wir bei der nächsten Bundestagswahl 2017 unser

Merkel ohne Mehrheit



„Mit Trittin gibt es keine Gespräche“

Horst Seehofer, 64, CSU, über seine Präferenz für eine Große Koalition und die Trümpfe der Union

SPIEGEL: Herr Seehofer, nach der Bundestagswahl hat Ihre CSU die Wahl zwischen Pest und Cholera: Sie können als kleinster Partner in eine Große Koalition eintreten oder ein Bündnis mit den Bürgerschrecks von den Grünen schließen. Was ist weniger schlimm?

Seehofer: Wir haben alle Trümpfe in der Hand, und jetzt kommt es darauf an, dass wir diese Trümpfe auch richtig einsetzen. Dazu gehört zunächst, dass CDU und CSU gemeinsam vorgehen und sich durch nichts auseinanderdividieren lassen. Wir werden jetzt in Ruhe die Entwicklungen bei der SPD und den Grünen verfolgen. Aus meiner Sicht wäre eine Große Koalition sicher die beste Option, aber ob es dazu kommt, ist offen.

SPIEGEL: Sie wollen also Ihre Streitthemen mit der Kanzlerin, wie die Pkw-Maut, schon vor den Gesprächen mit der SPD abräumen?

Seehofer: Der schönste Satz aus dem Wahlkampf stammt von der Kanzlerin: Wir haben immer Lösungen gefunden. Das gilt auch für die Maut. Der inhaltliche Korridor einer möglichen Entscheidung wird klar sein, bevor sich CDU und CSU mit der SPD treffen. Sie werden sehen: Angela Merkel und ich haben es inzwischen zu einem Höchstmaß an Harmonie gebracht, was solche Entscheidungen angeht.

SPIEGEL: Warum ziehen Sie die Sozialdemokraten den Grünen vor?

Seehofer: Im CSU-Vorstand gab es keine einzige Stimme, die für Gespräche mit den Grünen plädiert hätte. Es gibt riesige Differenzen, gesellschaftspolitisch, finanzpolitisch, steuerpolitisch und europapolitisch. Die Grünen sind gerade dabei, personelle Konsequenzen aus ihrer Wahlniederlage zu ziehen. Mit den Grünen von heute, mit Jürgen Trittin und Volker Beck, könnte es sowieso keine Gespräche geben.

SPIEGEL: Wird denn ein Veggie-Day schmackhafter, nur weil er von anderen Grünen angeboten wird?



Ministerpräsident Seehofer: „Höchstmaß an Harmonie“

Seehofer: Dieser ganze Geist der Bevormundung, das passt mit unserer Idee einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung in der Tat nicht zusammen. Dazu kommt die Vergangenheit von Jürgen Trittin und Volker Beck.

SPIEGEL: Sie spielen auf die Vorwürfe gegen beide an, sie hätten sich in den grünen Anfangsjahren nicht stark genug von Bestrebungen abgegrenzt, die Sex mit Kindern entkriminalisieren wollten?

Seehofer: Das hat mich aufgeregt wie schon lange nichts mehr. Für mich ist da eine Grenze überschritten.

SPIEGEL: Verzichtet die Kanzlerin also besser auf ein konkretes Gesprächsangebot an die Grünen?

Seehofer: Ich werde solche Gespräche jedenfalls nicht führen. Damit hat sich das.

SPIEGEL: Unabhängig davon, wie man zu Volker Beck und Jürgen Trittin steht – die Grünen haben ja auch starke bürgerliche Kräfte, die für eine Koalition mit der Union bereitstünden. Warum reden Sie nicht mit denen?

Seehofer: Natürlich gibt es Grüne, mit denen man über bürgerliche Politik sprechen kann. Mein Amtskollege Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg ist so ein Mann. Ich arbeite sehr gut mit ihm zusammen.

Trotzdem: Von meiner Seite aus gibt es derzeit keinen Gesprächsbedarf.

SPIEGEL: Was erwarten Sie von einer Großen Koalition?

Seehofer: Das Gleiche wie die große Mehrheit in unserer Bevölkerung – stabile Verhältnisse. Die Menschen wollen, dass wir eine stabile Regierung bilden und keine Experimente wagen. Ich kann nur sagen, ein Flirt mit den Grünen, noch dazu in der jetzigen Besetzung, würde sofort den rechten Rand erstarren lassen. Wir sollten froh sein, dass die AfD nicht ins Parlament eingezogen ist. Die Themen für Schwarz-Rot liegen auf der Hand: Vollbeschäftigung, stabile Finanzen, stabile Währung,

soziale Sicherheit und höchste Bildungsqualität.

SPIEGEL: Eine Große Koalition hat für die CSU den Nachteil, dass sie als kleinste Partei für Mehrheiten gar nicht gebraucht wird. Wie werden Sie damit umgehen?

Seehofer: Sicher, eine schwarz-rote Regierung war nicht unser Wahlziel. Aber wenn es der Wähler wünscht, müssen wir uns dem stellen. Ich erinnere mich an die Propaganda aus der Zeit der deutschen Einheit. Da hieß es aus Bonn und Berlin immer wieder, Deutschland wird größer, Bayern bleibt gleich, und deshalb verliert Bayern an Bedeutung. Das ist jedenfalls das letzte Vierteljahrhundert nicht eingetreten. Und hier ist es genauso, die Bedeutung eines Koalitionspartners ergibt sich nicht allein aus mathematischen Größenordnungen, sondern auch aus ganz anderen Faktoren, zum Beispiel dem politischen Gewicht, welches Verhandlungsgeschick man einbringt, wie die Interessen ausbalanciert werden. Also mir ist da nicht bange.

SPIEGEL: Bleibt es in einer Großen Koalition bei drei Ministerien für die CSU?

Seehofer: Darüber reden wir, wenn es so weit ist. Wahr ist aber auch: Die CSU ist nicht schwächer geworden.

INTERVIEW: PETER MÜLLER

Potential ausschöpfen“, sagt Parteiratsmitglied Annalena Baerbock.

Plötzlich wäre Schwarz-Grün für die alternde Führungsspitze der rettende Strohalm, die Jüngeren dagegen können mit dem Regieren warten. „Schwarz-Grün wäre nach diesem Wahlkampf und unserem Ergebnis nicht stringent“, sagt Baerbock. Der Finanzpolitiker Gerhard Schick sagt: „Ich mache doch nicht Wahlkampf für den grünen Wandel, um dann mit der CDU ein Weiter-so zu organisieren.“

Sollte der Generationswechsel den Vorzug vorm Regieren bekommen, könnte es tatsächlich neue Gesichter in der ersten Reihe geben. Der Verkehrspolitiker Anton Hofreiter vom linken Parteiflügel könnte Trittin den Fraktionsvorsitz streitig machen. Den Real-Platz in der Doppelspitze müsste Renate Künast vermutlich entweder an Göring-Eckardt oder an die Wirtschaftsexpertin Kerstin Andreae abtreten. Auch in der Parteispitze gäbe es Ersatz für die langgediente Vorsitzende Roth: die ehemalige saarländische Umweltministerin Simone Peter.

Vergleicht man die drei Parteien, die für eine neue Regierung in Frage kommen, inhaltlich miteinander, ist die Alternative klar: Die Große Koalition wäre das einfachere Bündnis, seine Basis der in Deutschland erprobte Konsens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, sein Prinzip der kleinste gemeinsame Nenner. Mindestlohn, Atomausstieg, Mindestrente: Wer die Wahlprogramme von Union und SPD nebeneinanderlegt, hat keine Mühe, die künftigen Kompromisse vorherzusagen. Die Überschrift über der neuen schwarz-roten Koalition könnte wahlweise „Weiter so, Deutschland“ oder „Keine Experimente“ heißen, das vorherrschende Regierungsprinzip wäre die organisierte Langeweile.

Ein schwarz-grünes Bündnis dagegen wäre ein Abenteuer, ein Risiko für beide Seiten, aber möglicherweise eine Chance für das Land. Zwar scheinen die Schnittmengen zwischen Ökologen und Christdemokraten auf den ersten Blick kleiner zu sein als die zwischen Union und SPD, weil sich die Grünen in den vergangenen Jahren in vielen politischen Fragen links von der SPD positioniert haben.

Dafür aber verbindet die Parteien, dass ihre Wähler häufig in denselben Vorstädten zu Hause sind. Und sie stehen einander auch ideologisch nahe. Ein wertkonservativer Christdemokrat kann problemlos das Prinzip der Nachhaltigkeit unterschreiben, das zu den Grundüberzeugungen der Grünen zählt. Respekt vor der Schöpfung, Generationengerechtigkeit und eine Wirtschaftspolitik, die mehr dem Mittelstand als der Großindustrie verpflichtet ist: Diese Mischung könnte nicht nur die Basis für eine schwarz-grüne



JUPP DÄRCHINGER IM ARS&D DER F&S

Große Koalition 1967: Das Prinzip ist der kleinste gemeinsame Nenner



MICHAEL URBAN / DDP IMAGES

Große Koalition 2007: Einerseits zu wacklig und andererseits zu stark

Koalition bilden, sie könnte auch das Land voranbringen.

In der Finanzpolitik etwa stehen sich Union und Grüne näher, als es zunächst den Anschein hat. Das Bestreben von CDU und CSU, die Neuverschuldung zu begrenzen, deckt sich mit dem grünen Anspruch, die Interessen künftiger Generationen zu vertreten. Gesunde Staatsfinanzen sehen beide als Grundlage für ein stabiles Staatswesen an.

In der Steuerpolitik ist die Union von beiden möglichen Koalitionspartnern nahezu gleich weit entfernt. SPD wie Grü-

ne setzten im Wahlkampf auf höhere Steuern für Gutverdienende und Vermögende, seit dem vergangenen Sonntag aber gibt es zwischen den beiden Parteien einen wichtigen Unterschied: In der Ökopartei ist das Bewusstsein viel weiter verbreitet als in der SPD, mit dem Gerechtigkeits- und Umverteilungswahlkampf aufs falsche Pferd gesetzt zu haben.

Entsprechend groß ist der Spielraum für Kompromisse. Die Union könnte sich mit einem etwas höheren Spitzensteuersatz abfinden, wenn die Grünen auf ihre

„Uns fehlt die Frische“

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, 54, über Wahlkampf-
fehler der SPD und eine Zusammenarbeit mit der Linken

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, nach 23 Prozent bei der vorigen Bundestagswahl hat die SPD sich kaum verbessert. Müssen Sie sich dauerhaft auf Ergebnisse unter 30 Prozent einstellen?

Weil: Das will ich nicht hoffen. Wir haben in den vergangenen Jahren auf Kommunal- und Landesebene eine Reihe erfreulicher Ergebnisse erzielt. Aber das Bundesergebnis der SPD bei dieser Wahl ist ohne Frage eine herbe Enttäuschung.

SPIEGEL: Was ist falsch gelaufen?

Weil: Der Wahlkampf wurde sehr stark von der Bundeskanzlerin dominiert. Es ist der SPD nicht gelungen, mit ihren Botschaften durchzudringen.

SPIEGEL: War Peer Steinbrück der richtige Kandidat?

Weil: Peer Steinbrück hat das Ergebnis durch einen furiosen Schlusspurt einigermaßen positiv gestaltet. Zwischenzeitlich mussten wir ja noch Schlimmeres befürchten. An dem Spitzenkandidaten lag es nicht.

SPIEGEL: Hätte die SPD harmonischer auftreten müssen?

Weil: Das ist ein Punkt, den wir beraten müssen. Klar ist: Es gibt Dinge, die beim nächsten Mal besser gemacht werden müssen. Dazu gehört auch, noch geschlossener aufzutreten.

SPIEGEL: Warum konnte die SPD mit ihren Themen nicht punkten?

Weil: Wir haben nicht ausreichend deutlich gemacht, dass in Deutschland zu wenig in die Zukunft investiert wird, also in Bildung und Infrastruktur. Wir haben es nicht geschafft, das zum dominanten Thema zu machen. Da müssen wir selbstkritisch sein.

SPIEGEL: Kann es sein, dass die SPD für ein Gros der Bürger einfach nicht mehr interessant ist?

Weil: Unser Programm ist ganz sicher noch interessant. Die Idee vom vorsorgenden Sozialstaat ist hochmodern. Aber uns fehlt die Frische in der Präsentation unserer Themen. Da müssen wir an uns arbeiten.

SPIEGEL: Was muss geschehen?

Weil: Wir müssen uns bemühen, jüngere Menschen in politisch wichtige Positionen zu bringen. Nur so kann die SPD Zukunftsfähigkeit ausstrahlen.

SPIEGEL: Muss sich die SPD jetzt für rot-rot-grüne Bündnisse öffnen?



Sozialdemokrat Weil
„Eine herbe Enttäuschung“

Weil: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Linke sicherlich im Bund nicht regierungsfähig. Aber das kann sich möglicherweise in Zukunft ändern.

SPIEGEL: Sie sagen also: Schluss mit dem Ausgrenzen der Linken?

Weil: Das hängt vor allem an der Partei Die Linke. Sie präsentiert sich im Westen Deutschlands fundamentalistisch und kompromissunfähig. Auf so einer Grundlage kann man nicht zusammen regieren. Ändert sich die Linke, sind wir offen dafür, neu nachzudenken.

SPIEGEL: Momentan deutet vieles auf eine Große Koalition hin. Könnten Sie damit leben?

Weil: Leichten Herzens sicher nicht! Das ist eine schwierige Diskussion in der SPD. Niemand hat sich eine solche Konstellation gewünscht.

SPIEGEL: Was wären Ihre Bedingungen für eine Große Koalition?

Weil: Es ist zu früh, um Bedingungen zu formulieren. Es steht jedoch fest, dass unsere zentralen inhaltlichen Forderungen aufrechterhalten werden. Wir brauchen eine echte Reform des Arbeitsmarkts, die ein Ende macht mit der Unsicherheit für viele Arbeitnehmer. Zudem muss die Energiewende wesentlich besser gemanagt werden. Und wir müssen mehr Mittel für Bildung mobilisieren. Das sind alles Fragen, die im Mittelpunkt des SPD-Programms stehen.

SPIEGEL: In der letzten Koalition mit der Union haben Sie viel durchsetzen können, genutzt hat es der SPD nichts.

Weil: Das stimmt. Das gilt es mitzubedenken. INTERVIEW: GORDON REPINSKI

Pläne für eine Vermögensabgabe verzichten und sich den Unionskonzepten öffnen würden, Durchschnitts- und Besserverdiener steuerlich zu entlasten.

Und die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stellt beim bevorstehenden Koalitionspoker kein sonderliches Hindernis dar, weder bei Gesprächen über eine Große Koalition noch bei Verhandlungen mit den Grünen.

Vielmehr dürften vor allem die Sozialdemokraten Schwierigkeiten haben, auf ihrem ureigensten Politikfeld Kontur zu gewinnen mit einem großen Koalitionspartner Union, der längst viele ihrer Forderungen übernommen hat. Was bleibt, ist ein zähes Ringen um Details.

Bei der Rente mit 67 sind die Differenzen zwischen den Parteien gering, und die Mütterrente der Union hat längst auch ihren Weg in das Programm der SPD gefunden. Auch in der Frage des Mindestlohns sind keine großen Auseinandersetzungen mit einer Kanzlerin zu erwarten, die mit der FDP mehr branchenspezifische Verdienstgrenzen gesetzlich festgeschrieben hat als alle sozialdemokratischen Vorgänger zusammen.

Die großen Hürden für eine Koalition mit der Union sind zwischen Rot und Grün ebenfalls identisch, zum Beispiel beim Betreuungsgeld. Es geht um mehr als die Frage, wie viele Milliarden Euro der Staat in die Familienförderung stecken will. Es geht vor allem um ein Gesellschaftsbild und die Frage, welches Familienideal die Parteien im 21. Jahrhundert verfolgen.

Gegen keine andere sozialpolitische Leistung haben SPD und Grüne im Wahlkampf mehr polemisiert als gegen die „Herdprämie“, die Mütter zurück in die Hausfrauenrolle drängen würde. Allerdings ist das Gesetz längst verabschiedet, das Betreuungsgeld wird seit August schon ausgezahlt. SPD oder Grüne müssten nun auf eine Rückabwicklung verzichten.

Auch die Pkw-Maut will die erstarkte CSU nahezu im Alleingang durchsetzen, CDU, SPD und Grüne lehnen das Vorhaben ab. Da CSU-Chef Horst Seehofer in gewohnt theatralischer Manier sein politisches Überleben an diese Frage geknüpft hat, muss ein Kompromiss her. Eine Einigung zeichnet sich bereits ab, denn alle Parteien könnten künftig mehr Geld in Straßen, Brücken und Schienenwege stecken.

So wird die Verkehrspolitik am Ende kein Koalitionshindernis sein, ganz anders als die Energiewende, die größte Reformbaustelle, auf der seit Monaten alle Arbeiten ruhen.

Die Kanzlerin weiß um die Dringlichkeit des Themas. Schon allein weil die Bürger wegen der steigenden Strompreise so langsam die Lust am Ausstieg aus der Atomkraft verlieren. Wieder wäre die



Rivalen Kraft, Gabriel: Trophäe für die Kanzlerin

Große Koalition die einfachere Option: Peter Altmaier könnte Umweltminister bleiben, beide Volksparteien würden sich für fossile Energieträger einsetzen, vom Bundesrat wäre keine Blockade zu erwarten.

Schwarz-Grün dagegen könnte versuchen, eine moderne Industriegesellschaft weitgehend auf erneuerbare Energieträger zu gründen, ein zukunftsweisendes Stromnetz aus dezentralen Kraftwerken aufzubauen und eine Blaupause zu liefern für die intelligente Verbindung aus Ökologie und Ökonomie.

Zudem stehen sich Grüne und CDU energiepolitisch näher als Grüne und SPD. Schwarze Landesfürsten wie der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer propagieren den Ökostrom, weil die Bauern als Kernwähler davon genauso profitieren wie gutsituierte Hausbesitzer mit ihren Solaranlagen auf den Dächern. Die Mittelschicht spürt die hohen Strompreise viel weniger schmerzhaft als die Einkommensschwachen – und damit das Wahlvolk der SPD.

Machtpolitisch spricht aus Sicht der Union dennoch viel gegen ein schwarz-

grünes Bündnis. Im Bundesrat hätte diese Koalition keinen Rückhalt, und Merkel ist gewählt, weil die Menschen Stabilität erwarten. Sie will jetzt keinen Bündnispartner, der mit sich selbst kämpft. Es ist paradox: Gerade weil die Grünen so schwach sind, sind sie als Bündnispartner für Merkel wenig attraktiv. Und selbst wenn sich Trittin an der Spitze seiner Partei stabilisieren und Verhandlungen mit der Union aufnehmen sollte – für viele CDU-Anhänger ist eine Koalition gerade mit ihm unvorstellbar.

Die Basis der Union ist auf ein Bündnis mit der Ökopartei genauso wenig vorbereitet, wie es die Parteigänger der Grünen sind. Koalitionen wie die in Hamburg haben gezeigt, dass schwarz-grüne Bündnisse nur funktionieren, wenn das Führungspersonal die eigene Partei dafür begeistern kann. Ole von Beust ist das in Hamburg eine Zeitlang geglückt, doch nach seinem Rückzug war das Bündnis schnell Geschichte.

Zudem würde jede Annäherung an die Grünen auf den erbitterten Widerstand der erstarkten CSU stoßen. CSU-Chef Seehofer warnt schon vor Verhandlungen:

„Ich werde solche Gespräche jedenfalls nicht führen“ (siehe Interview Seite 24).

Pragmatischer sieht das Günther Oettinger, CDU-Präsidiumsmitglied und EU-Kommissar: „Ich unterstütze ernstgemeinte Gesprächsangebote an beide Parteien, bei denen Übereinstimmungen und Gegensätze zu den Programmen der jeweiligen Parteien deutlich werden.“ Ein Vorteil des Zusammengehens mit den Grünen könne sein, dass ihnen deutlich weniger Ministerposten als der SPD angeboten werden müssten.

Ob es der SPD wie 2005 gelingt, acht Ministerien zu erstreiten – die Union hatte damals sieben und das Kanzleramt – ist zwar fraglich. Aber das Verhältnis der Koalitionspartner bei der Aufteilung der Posten dürfte deutlich ausgeglichener sein als im Bündnis mit der FDP.

Vor allem um das Finanzministerium wird ein zähes Ringen entbrennen. Angela Merkel will das Schlüsselressort unbedingt behalten. In der Euro-Krise, aber auch für die anstehende Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern geht nichts ohne den Finanzminister. Deswegen wird auch die SPD



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Ministerin von der Leyen, Chefin Merkel: *Eine deutsche Hillary Clinton?*

darauf bestehen, das Haus selbst zu besetzen. Das Finanzministerium ist ein Nebenkanzleramt.

Wolfgang Schäuble ist für das Kabinett gesetzt. Sollte der Wunsch der Kanzlerin, ihn im Finanzministerium zu lassen, sich nicht erfüllen, könnte er Außenminister werden oder vielleicht Bundestagspräsident. Auch Arbeitsministerin Ursula von der Leyen bliebe nicht lange heimatlos, sollten die Sozialdemokraten nach ihrem Traditionsressort greifen. Die Medizinerin könnte Gesundheitsministerin werden, lieber profilierte sie sich wohl im Auswärtigen Amt als eine deutsche Hillary Clinton.

Peter Altmaier bliebe gern Umweltminister, würde seiner Kanzlerin aber ebenso in jeder anderen Verwendung dienen. Für die CSU blieben die Themen Innen, Verkehr und Landwirtschaft oder Verteidigung.

Das ist wenig, aber nicht einmal die Knappheit an Posten wird die Große Koalition wohl verhindern können. Sie hat den Reiz, dass es weniger parteipolitische Probleme mit dem Bundesrat gäbe, da Schwarz und Rot dort gut vertreten sind. Konflikte sind gleichwohl programmiert, weil sich die Länder unter dem Druck der Schuldenbremse gegen den Bund solidarisieren könnten.

Die alte Sorge der Union, die SPD könnte eine Große Koalition nach wenigen Jahren platzen lassen, um doch noch

mit Grünen und Linken eine Regierung zu bilden, ist mit dem Wahlergebnis weitgehend zerstreut. Vor allem Fraktionschef Volker Kauder hat davor immer wieder gewarnt. Doch jetzt ist die theoretische Mehrheit von Rot-Rot-Grün so knapp, dass die SPD dieses Risiko kaum eingehen wird. Theoretisch kann jetzt Merkel der SPD drohen: Im Notfall kann sie mit den Grünen koalieren.

Große Koalitionen gab es zweimal in Deutschland, von 1966 bis 1969 und von 2005 bis 2009. Bei der ersten Auflage gelang der Regierung eine Finanzreform, zudem wurden die umstrittenen Notstandsgesetze verabschiedet. In jener Zeit bildete sich die Apo, die Außerparlamentarische Opposition von Studenten.

Die Große Koalition von 2005 hatte drei Phasen. Es gab einen kraftvollen Start mit der Rente mit 67. Dann wurde gezankt und gezankt. Die ewige Balgerei gipfelte im Januar 2008 in einem Ausruf des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Peter Struck: „Die kann mich mal.“ Gemeint war die CDU. Als im Sommer darauf die Finanzkrise ausbrach, rauffen sich die Partner zusammen und hielten Deutschland mit Kurzarbeitergeld, Abwrackprämie und einer Garantie für Spareinlagen einigermaßen stabil.

Der Vorteil einer Großen Koalition ist, dass sie kein Problem mit Mehrheiten im Parlament hat, wenn sich die Regierung auf ein Gesetz einigt. Die Nachteile liegen

darin, dass sie einerseits zu wacklig und andererseits zu stark ist.

Der kleinere Partner hält sich selbst für eine Partei, die einen Kanzler stellen kann, und akzeptiert daher nie ganz die Autorität des Regierungschefs. Sigmar Gabriel würde die Zeit sicherlich nutzen, um sich für die nächste Wahl zu profilieren. Streit ist programmiert.

Schwarz-Rot hätte mehr als drei Viertel der Stimmen. Die Opposition wäre mickrig, Grüne und Linke haben zusammen nur 17 Prozent der Stimmen geholt. Für eine Demokratie ist das auf Dauer nicht bekömmlich, da sie eine starke Machtkontrolle braucht.

Aber dieses Argument wird bei den Verhandlungen voraussichtlich keine Rolle spielen. Die Parteien werden wohl den leichtesten Weg gehen, nicht den spannendsten, den mit Aussicht auf eine echte Erneuerung des Landes.

So bleibt vor allem noch eine Frage. Wie lange hält Angela Merkel an ihrer Kanzlerschaft fest, die ganze Legislaturperiode? Oder gibt sie vorher das Amt ab, um einen Nachfolger für die nächste Wahl aufzubauen? Am Wahlabend hat sie gesagt, dass sie bis zum Ende bleiben werde. Aber das ist leicht gesagt. Erst einmal wird sie ihren von den Gegnern gefürchteten Spaß am Regieren haben. Sollte sich das ändern, wird ihr niemand verübeln, wenn sie ihr Wort zurücknähme.

Schon gar nicht Ursula von der Leyen, die sich Hoffnungen auf die Nachfolge macht und die am Wahlabend keinen Einsatz scheute, um der Kanzlerin ihre Verehrung zu zeigen.

Sie hat ihre Kinder mit in die Parteizentrale gebracht. Es geht zu wie bei einem Schulausflug: Die Kinder sind aufgeregt, zappelig, aber wohlgezogen. Ihre Mutter besorgt Essen vom Buffet, dann kommt Angela Merkel mit ihrem Mann. Von der Leyens Kinder umringen sie sofort, Merkel ist überrascht. „Ach, ihr seid das“, sagt sie dann. Eines der Mädchen bekommt einen roten Kopf.

Dann stellen sich von der Leyens Kinder zu einem Erinnerungsfoto mit der Kanzlerin auf. „Lächeln Sie, Frau Merkel“, mahnt ihre Büroleiterin Beate Baumann aus dem Hintergrund. Merkel lächelt, von der Leyen freut sich. Schöner fände sie wohl nur, wenn ihre Kinder derzeitig mit einer anderen Bundeskanzlerin posierten: nicht mit Mutti, sondern mit Mama.

NICOLA ABÉ, RALF BESTE, SVEN BÖLL, MARKUS DETTMER, HORAND KNAUP, DIRK KURBUJWEIT, PETER MÜLLER, CHRISTOPH PAULY, CHRISTIAN REIERMANN, GORDON REPINSKI, MICHAEL SAUGA, CORNELIA SCHMERGAL, BARBARA SCHMID, GERALD TRAUFFETTER



Video:
Die Folgen der Wahl

spiegel.de/app552013wahlfolgen
oder in der App DER SPIEGEL